

Blick ins Grundgesetz lohnt sich

Beate Weber referierte über die politische Teilhabe von Frauen

Noch immer ist die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen eher Theorie als gesellschaftliche Praxis, obwohl über die Hälfte der 375 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union Frauen sind. Beate Weber, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments und einstige Oberbürgermeisterin von Heidelberg, berichtete „aus aller Frauen Länder“ über die Gleichstellung und politische Teilhabe von Frauen.

BRIGITTE GERSTENBERGER

Kirchheim. In ihrem Vortrag richtete Beate Weber den Fokus besonders auf Deutschland. Trotz einer Bundeskanzlerin verbessere sich die Situation von Frauen hierzulande nur in mühseligen kleinen Schritten. So werde die Erwerbstätigkeit von Frauen immer noch nicht gleich bewertet und entlohnt, und in den Gremien von Politik und Wirtschaft seien Frauen zahlenmäßig erheblich unterrepräsentiert.

Die Auftaktveranstaltung zu den Frauenkulturtagen, die auf ein reges Interesse stieß, wurde von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und der Kirchheimer Frauenliste veranstaltet.

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau sei zwar im Grundgesetz verankert, die Wirklichkeit sehe jedoch anders aus. „Daher lohnt sich ein Blick ins Grundgesetz“, so die Referentin. In Artikel 3 Absatz 2 ist Folgendes nachzulesen: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nach-

teile hin“. Benachteiligt sind Frauen in Deutschland in vielen Bereichen, stellte Beate Weber fest und rechnete vor, dass sie beispielsweise für die gleiche Arbeit im Durchschnitt 22 Prozent weniger verdienen als die Männer. Dabei habe bereits der 1957 auch von Deutschland unterzeichnete Vertrag von Rom eine Verpflichtung zur Gewährleistung des gleichen Entgeltes für Frauen und Männer zum Inhalt.

„Die Gleichstellung bleibt somit nach wie vor eine Herausforderung für die Demokratie“, betonte Beate Weber, die auch einen historischen Rückblick über die Geschichte des Frauenwahlrechts gab. Der erste internationale sozialistische Frauenkongress fand 1907 unter der Leitung von Clara Zetkin in Stuttgart statt. Die versammelten Frauen forderten das Frauenwahlrecht, auch das allgemeine Männerwahlrecht für die sozialen Unterschichten.

Der weibliche Blick in der Politik war seinerzeit bereits solidarisch weitreichend. Freilich kamen auch die Sprücheklopfer damals nicht zu kurz und so hieß es in Baden: „Ein Weib soll nichts gründlicher lernen als den Haushalt und allenfalls die deutsche Sprache“. Die Argumente gegen das Wahlrecht waren vielfältig, die „natürliche“ Bestimmung der Frau bleibt wichtigste Begründung, die Frau war für die Hausarbeit prädestiniert, während Politik einzig und allein Männersache war.

Zurück in die Gegenwart informierte Beate Weber darüber, dass die Teilhabe von Frauen in der Politik sich in den Ländern der Europäischen Union unterschiedlich entwickelt habe. In nationalen Regierungen oder Kabinetten seien Frauen mit 24 Prozent deutlich unterrepräsentiert, allerdings hätten Finnland 60, Norwegen 53, Schweden 46 und Spanien 42 Prozent Frauen in Regierungsämtern. Hingegen seien auf regionaler Ebene

Frauen besser vertreten und lägen beispielsweise in Schweden und Frankreich mit je 48 Prozent vorne.

In Deutschland komme Bremen mit 45 Prozent nahe an dieses Ergebnis heran. Baden-Württemberg liege weit am Ende, als letztes Bundesland mit 22,6 Prozent und somit befinde sich das Ländle auf einem Niveau mit Kroatien, Portugal und Griechenland, die sich weit im unteren Feld der europäischen Skala bewegen. Zahlen, die nachdenklich stimmen, aber im Superwahljahr 2009 könnte sich dies ändern, denn „bekanntlich stirbt die Hoffnung ja zuletzt“. Beunruhigt zeigte sich Beate Weber über den geringen Anteil von Frauen in den Kreistagen mit derzeit 15,4 Prozent. Hier reichen die Ergebnisse von Tübingen mit 27,6 Prozent bis nach Rottweil mit 4,2 Prozent. „Hier kommt man beinahe an türkische Verhältnisse heran, wo Männer in Parlamenten fast unter sich sind“.

Wenngleich sich nach Einschätzung der engagierten und eloquent agierende Sozialdemokratin Beate Weber die Situation von Frauen allmählich verändere, müsse doch noch viel getan werden. Umso wichtiger sei es, „dass Frauen ihre Sache in die Hand nehmen. Deshalb sind sie heute hier. Vertrauen sie auf die Solidarität der Frauen und lassen sie sich nichts anderes vormachen, auch wenn Einzelne sich anders verhalten, das gibt es auch bei Männern. Ich habe darauf bauen können bei meinen vielen Wahlkämpfen“.

In diesem Zusammenhang zitierte Beate Weber den bayrischen Landtagspräsidenten Michael Horlacher, der 1946 in derb-bäuerlich bemühter Rhetorik verkündete: „Als Einzelne wirkt die Frau wie eine Blume im Parlament, aber in der Masse wie Unkraut“. – „Ein toller Spruch“, stellte Beate Weber abschließend fest. „In Baden-Württemberg müsste es Wildkräuter heißen.“